

Wien, im April 2026

19. Bundestag der GÖD-Justizgewerkschaft: Werner Gschwandtner mit 100 % als Bundesvorsitzender bestätigt

Liebe Kollegin!
Lieber Kollege!

Am vergangenen Donnerstag fand in Wien der 19. Bundestag der GÖD-Justizgewerkschaft statt. Dabei wurde Werner Gschwandtner mit seinem Team eindrucksvoll mit 100 % Zustimmung als Bundesvorsitzender bestätigt.

Gemeinsam mit den beiden Stellvertretern Richard Plank (FSG) und Dagmar Weiß (GÖD-FCG) sowie den weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes sind damit die besten Voraussetzungen für ein umfangreiches Arbeitsprogramm in den kommenden Jahren geschaffen.



Dieses starke Vertrauen ist für uns Auftrag und Verpflichtung zugleich. Wir werden uns weiterhin mit voller Kraft für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in der österreichischen Justiz einsetzen.

Inhaltliche Schwerpunkte des Bundestages

Neben den Wahlen ging es auch inhaltlich zur Sache. Die zentralen Themen waren die geplante Aufgabenreform, die Attraktivierung der Jobs in der Justiz, die Klimatisierung sowie die Akademisierung der Diplomrechtspfleger:innen und Leitenden Justizbediensteten.

Einstimmig wurde dazu ein Antrag an den Bundeskongress der GÖD beschlossen, womit der Bundesvorstand ersucht wurde, mit den erforderlichen personellen, organisatorischen und politischen Mitteln die Attraktivierung der Berufe im Justizressort sowie die Akademisierung der Diplomrechtspfleger:innen und Leitenden Justizbediensteten in der Justizverwaltung konsequent voranzutreiben.

Eine starke, moderne und attraktive Justiz braucht bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nur so können wir auch künftig Qualität, Effizienz und Rechtssicherheit gewährleisten.

Der neue Bundesvorstand



Vorsitzender	Werner GSCHWANDTNER (GÖD-FCG)
Vors.-Stellvertreter	Richard PLANK (FSG)
Vors.-Stellvertreterin	Dagmar WEISS (GÖD-FCG)
Schriftführer:	Markus EDER (GÖD-FCG)
Kassier:	Berthold SCHLICK (GÖD-FCG)
weitere Mitglieder	Birgit GRUBER (GÖD-FCG)
	Margarete KUSCHER (GÖD-FCG)
	Martina PICHLER (GÖD-FCG)
	Ing. Hannes SALZER (GÖD-FCG)
	Margit Susanne SCHMID (GÖD-FCG)
	Daniela WERTH (GÖD-FCG)
	Josef KRAFT (FSG)

Brennpunkt Gerichtsvollzieher:innen

Ein besonders schweres Schicksal hat derzeit die Gerichtsvollzieher getroffen. Anlässlich einer Steuerprüfung im Vorjahr wurde festgestellt, dass die Bundesbesoldung über Jahre hinweg eine fehlerhafte Besteuerung der Gebühren vorgenommen hat. Mit Anfang April wurde nun die Programmierung verändert, wodurch die Kolleginnen und Kollegen finanziell massiv belastet wurden. Auch wenn es gelungen ist, eine Nachversteuerung für die vergangenen Jahre zu verhindern, wurde die Versteuerung der Wegegebühren ab Jänner vorgenommen. Im Durchschnitt betragen die monatlichen Verluste zwischen 300 und 800 Euro.

Da die gesetzliche Personalvertretung in diesen Fällen kein unmittelbares Mitwirkungsrecht hat, hat sich die GÖD-Justizgewerkschaft dieser Problematik unmittelbar angenommen.

Zum einen haben wir den Sachverhalt dem Rechtsbüro der GÖD zur **rechtlichen Prüfung** vorgelegt und werden jedem GÖD-Mitglied Rechtsschutz anbieten, sofern ein Rechtsstreit aussichtsreich erscheint. Dazu werden wir zunächst jeweils ein Musterverfahren für Vertragsbedienstete sowie für Beamtinnen und Beamte führen.

Zum anderen verlangen wir eine **Reform der Vollzugs- und Wegegebühren** mit rückwirkender Anhebung der Gebühren sowie die rasche Einführung einer Gefahrenzulage, damit zumindest ein annähernder Ausgleich der Einkommensverluste erreicht werden kann.

Sobald es hierzu Ergebnisse gibt, werden wir Sie selbstverständlich umgehend informieren.

Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

Mit den besten Grüßen!


HR Werner Gschwandtner
Bundesvorsitzender